

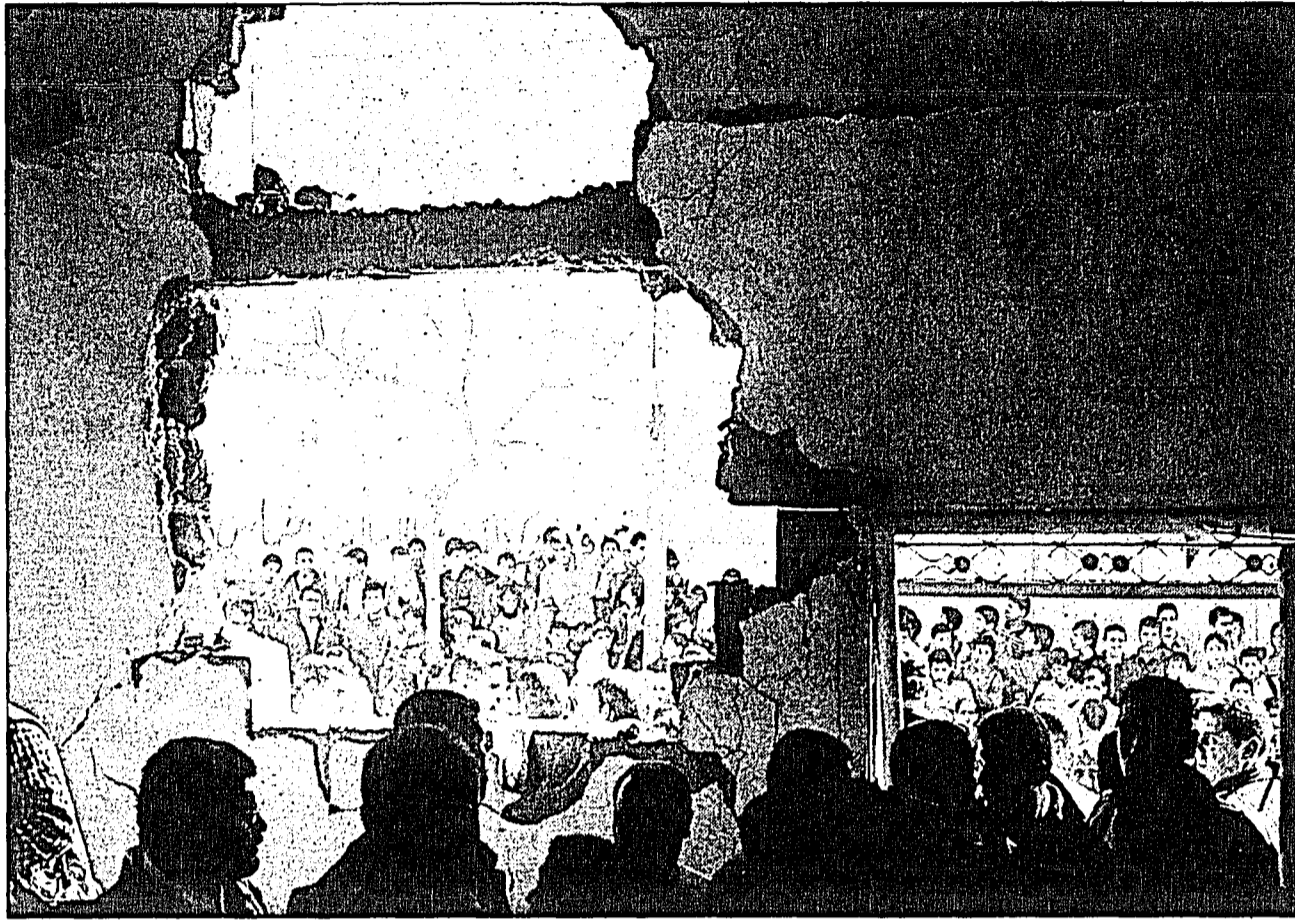
Kein Ende der Gewalt

Sechs Israelis sterben bei palästinensischem Überfall – Bei Vergeltungsanschlägen sterben acht Palästinenser

JERUSALEM: Die Gewalt im Nahen Osten findet kein Ende: Nachdem gestern bei israelischen Vergeltungsangriffen im Gazastreifen und im Westjordanland acht Palästinenser getötet worden waren, darunter ein 14-jähriges Mädchen, wurden am Abend bei einem Überfall von Palästinensern sechs Israelis erschossen.

Zuvor hatte ein israelischer Busfahrer einen weiteren Selbstmordanschlag verhindern und den Attentäter aus dem Bus werfen können, wo sich dieser in Luft sprengte. Wie die israelische Armee mitteilte, wurde bei dem Überfall in der Nähe des Dorfes Ein Arik westlich von Ramallah ein Israeli leicht verletzt. Im Rundfunk hiess es, Bewaffnete seien in ein Haus in der Nähe einer israelischen Strassensperre eingedrungen und hätten das Feuer auf die Bewohner eröffnet.

Das israelische Sicherheitskabinett kommt am Mittwoch zu einer Sitzung zusammen, um verschiedene Vergeltungsmassnahmen zu beschliessen, wie der israelische Rundfunk berichtete. «Wir haben es mit einer Eskalation zu tun, die von der palästinensischen Verwaltung und Arafat geplant wurde», sagte Arie Mekel vom israelischen Aussenministerium. Schon am Montagabend hatte die Regierung nach Beratungen mit der militärischen Führung eine Ausweitung der Angriffe auf palästinensische Ziele beschlossen. Eine Offensive sei jedoch nicht geplant, erklärte ein Berater des israelischen Ministerpräsidenten Ariel Sharon, Raanan Gissin, am Montagabend. Der palästinensische Präsident Jassir Arafat erklärte am Dienstag, trotz der israelischen Angriffe stünden die Palästinenser weiter hinter dem Friedensprozess.



Palästinenser in den Trümmern der Einrichtungen der Autonomiebehörden: Israel übte gestern Vergeltung aus.

Israelische Raketen zerstören Büro im Flüchtlingslager

Israelische Hubschrauber feuerten gestern drei Raketen auf ein Büro der Hamas im Flüchtlingslager Dschebalja. Dabei kamen nach palästinensischen Angaben zwei Männer ums Leben. In Chan Junis im Gazastreifen zerstörten Panzergranaten nach Angaben von Augenzeugen mehrere Häuser. Drei Personen, darunter eine Mutter und deren 14-jährige Tochter, kamen ums Leben. Im Flüchtlingslager Balata im nördlichen Westjordanland wurden bei einem Schusswech-

sel mit israelischen Soldaten zwei Palästinenser getötet und fünf verletzt. Im Gazastreifen eröffneten zwei Palästinenser das Feuer auf israelische Soldaten, die die Schüsse erwiderten. Dabei wurde nach Armeeangaben ein Angreifer getötet. Kampfflugzeuge des Typs F-16 zerstörten zwei Gebäude der Sicherheitsbehörden in Rafah im Gazastreifen. Die israelischen Streitkräfte bezeichneten die Einsätze als Antwort auf «mörderische Angriffe» von Palästinensern. Im Gazastreifen zerstörten die israelischen Streitkräfte einige Häuser, was ihnen dann aber gerichtlich un-

tersagt wurde. Sie blockierten auch die Hauptstrasse in nordsüdlicher Richtung.

Aufruf für einen Heiligen Krieg

Der geistliche Führer der Hamas rief die Moslems in aller Welt auf, ihre Länder in einem Heiligen Krieg vom US-Einfluss zu befreien. Hamas-Führer Scheich Ahmed Jassin erklärte in einer Botschaft zum islamischen Opferfest, der Dschihad sei die Pflicht eines jeden Moslems. Es gelte, sich selbst und sein Land von der Vorherrschaft der Amerikaner und ihrer zionistischen Verbündeten zu befreien.

Zuwanderungsverhandlungen vor dem Scheitern

Union steigt aus Gesprächen aus

BERLIN: Die parteiübergreifenden Verhandlungen über das Zuwanderungsgesetz stehen vor dem Scheitern. Die Union stieg am Dienstag vorerst aus den Gesprächen aus. Fraktionschef Friedrich Merz begründete den Schritt damit, dass Innenminister Otto Schily bisher keinen überarbeiteten Gesetzentwurf vorgelegt habe.

Die Koalition kündigte daraufhin an, das Gesetz in der letzten Februarwoche notfalls im Alleingang im Bundestag zu verabschieden und sich dann auf die Verhandlungen mit den Ländern zu konzentrieren. Schily zeigte sich «ungebrochen optimistisch», dass auch der Bundesrat mehrheitlich zustimmen werde. Die FDP bot sich als Vermittler zwischen Union und Koalition an.

Ursprünglich wollten sich die Experten von SPD, Grünen, CDU/CSU und FDP am (heutigen) Mittwoch zur dritten und vorentscheidenden Verhandlungsrunde über das Gesetz bei Schily treffen. Da der Innenminister keinen schriftlichen Kompromissvorschlag vorgelegt habe, der die 16 Forderungen der Union berücksichtige, gebe es auch keine Notwendigkeit für neue Gespräche, sagte Merz. Ein weiterer Grund für die Absage sei, dass sich die SPD nicht von den Äusserungen ihres stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Ludwig Stiegler über die angebliche Mitverantwortung der bürgerlichen Parteien für die Mächtigkeitsgreifung Hitlers distanzieren habe. Allerdings zeigte sich Merz zuversichtlich, dass die SPD in dem normalen Gesetzgebungsverfahren entgegenkommen zeigen wird. Schily sagte zu diesen Erwartungen: «Wer sich Gesprächen ver-

weigert, kann nicht erwarten, dass man auf seine Überlegungen eingeht.» Eine Regelung der Zuwanderungsfrage sei notwendig, um das Thema nicht den Extremisten zu überlassen, sagte der SPD-Politiker. Die Länder rief Schily dazu auf, ihre eigenen Interessen zu definieren. Bei den Beratungen im Bundesrat könne es zu einer einvernehmlichen Lösung kommen. An die Adresse der Grünen sagte Schily, sie dürften ihre Forderungen nicht überspannen.

Abstimmung im Bundestag Ende Februar

Die Koalition will den Zeitplan für das Gesetz trotz der Absage der Union nicht ändern. Das Parlament werde wie geplant in der letzten Februarwoche über das Gesetz abstimmen, sagte SPD-Fraktionschef Peter Struck. Er sei optimistisch, dass anschliessend im Bundesrat eine Zustimmung erzielt werde. Die Beratungen in der Länderkammer sind für den 22. März geplant.

SPD-Generalsekretär Franz Münterfing erklärte, CDU und CSU demonstrierten mit ihrer Haltung «Politikunfähigkeit». Die Grünen warfen der CDU/CSU vor, das Zuwanderungsgesetz vorsätzlich scheitern lassen zu wollen. Parteichef Fritz Kuhn sagte, er habe bereits in der vergangenen Woche den Eindruck gehabt, «dass die Union ein Nein suche». Rechtsexperte Volker Beck sprach von einer «feigen Ausflucht». Auch der FDP-Innenexperte Max Stadler kritisierte die Union. Dass die CDU/CSU bereits vor dem Gespräch inhaltliche Bewertungen abgebe, deutete darauf hin, dass sie «in Richtung Ablehnung marschiert», sagte er der «Braunschweiger Zeitung».

Bin Laden und Mullah Omar noch am Leben

KAIRO: Extremistenführer Osama bin Laden und Taliban-Chef Mullah Mohammad Omar sind nach Berichten des Zentrums für historische Studien, das Kontakte zum Terrornetzwerk El Kaida haben soll, offenbar noch am Leben. Die Organisation, die wiederholt verlässliche Informationen über die El Kaida lieferte, veröffentlichte kürzlich eine Erklärung über die Aktivitäten der beiden Gesuchten. Auszüge daraus druckte die arabischsprachige Zeitung «El Hajat» mit Sitz

in London gestern ab.

Laut dem Bericht trauerten Omar und Bin Laden erst kürzlich um den afghanischen Geistlichen Hamsa Badni, der Anfang Februar an einer Krankheit gestorben sei. Wörtlich heisst es: «Mullah Mohammed Omar, sein Stellvertreter Mohammad Hassan und die weiteren Führer sowie Scheich Osama bin Laden und sein Stellvertreter Scheich Aiman el Sawhri sprechen den Angehörigen des Scheichs ihr Beileid aus.»

WHO-Konferenz für ein tabakfreies Europa

Europäer fordern strenge Tabak-Konvention

WARSCHAU: An der Konferenz für ein tabakfreies Europa der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Warschau ist am Dienstag die Schlussklärung verabschiedet worden. Darin sprachen sich die europäischen Länder für eine strenge und griffige Tabak-Konvention aus.

Konkret würden in der Erklärung Werbebeschränkungen und die Reduktion der Unterstützung für Tabakproduzenten angesprochen, sagte der Schweizer Delegationsleiter Thomas Zeltner, Direktor des Bundesamtes für Gesundheit (BAG), gegenüber der Nachrichtenagentur sda. Auch eine Steuerpolitik zur Verringerung des Tabakkonsums werde darin vorgeschlagen.

Wichtig ist laut Zeltner, dass sich die Länder einer Region wie Europa konzentrieren. Bei zu grosser Preisdifferenz steige der Anreiz für Schmuggel. Allerdings ist laut Zeltner nicht der Preisunterschied zwischen den verschiedenen Ländern entscheidend, sondern

das entschiedene Durchgreifen der Kontrollbehörden.

Zeltner bedauerte, dass die Schweiz im Gegensatz zu anderen gesundheitspolitischen Themen bei der Bekämpfung des Tabakkonsums kein leuchtendes Beispiel sei. Zeltner verwies dabei auf Polen, Finnland und Grossbritannien, die immer wieder als vorbildlich angeführt worden seien.

Der EU-Kommissar für Gesundheit und Konsumentenschutz, David Byrne, forderte Gesundheitsminister aus ganz Europa auf, Mut beim Kampf gegen das Rauchen auf. «Die Einstellung zum Rauchen muss sich drastisch ändern», sagte er an der Konferenz.

Vor allem Jugendliche müssten davon überzeugt werden, dass Rauchen keineswegs «cool» sei, sondern ihre Gesundheit gefährde und ihre Lebenserwartung verringere. «80 Prozent der Raucher fangen im Alter unter 18 Jahren an», betonte Byrne. «Sie sind zu jung, um eine bewusste Konsumentenentscheidung zu treffen.»

WFP bittet um Geld für Mosambik

GENÈVE: Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen hat gestern dringend um mehr als zwei Millionen Dollar (2,3 Millionen Euro) zur Hilfe für Überschwemmungsoffer in Mosambik aufgerufen. WFP-Sprecherin Christiane Berthiaume erklärte in Genf, bislang seien lediglich 900 000 der in diesem Jahr benötigten 3,2 Millionen Dollar eingegangen. Das WFP benötigt das Geld zur Hilfe für 170 000 Mosambikaner, deren Ackerland von den verheerenden Überschwemmungen 2000 und 2001 verwüstet wurde. Darüber hinaus droht auch in diesem Jahr neues Hochwasser. Im vergangenen Jahr unterstützte das WFP die Flutopfer mit neun Millionen Dollar. Inzwischen sei das Land aber aus dem Blickpunkt der Weltöffentlichkeit geraten, klagte Berthiaume.

Belagerung tschetschenischer Dörfer aufgehoben

WLADIKAWKAS: Die russischen Truppen in Tschetschenien haben am Dienstag nach einer Woche die Blockaden von drei Ortschaften aufgehoben. Die Razzien in Starje Atagi, Nöwje Atagi und Tschirj Jurt begannen am 12. Februar unter dem Protest der Bevölkerung. Die Einwohner von Starje Atagi erklärten, die Soldaten hätten etwa 60 Männer tagelang in einer Geflügelfarm eingesperrt und geschlagen. In Nowje Atagi berichteten Bewohner von Plünderungen der Truppen. Ein 85-Jähriger sei getötet worden, als die Soldaten zwei Häuser sprengten. Augenzeugen sagten, sie hätten die Truppen bestochen, um in die tschetschenische Hauptstadt Grosny fliehen zu können. Die russischen Streitkräfte erklärten, die Operation sei nötig gewesen, um Angriffe tschetschenischer Rebellen auf die Patrouillen in der Gegend zu verhindern.

20 Guerilleros bei Luftangriff getötet

BOGOTA: Bei einem Luftangriff der kolumbianischen Streitkräfte sind 20 Guerilleros getötet worden. Das Kommando der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) habe geplant, den östlich der Hauptstadt Bogota gelegenen Chuza-Staudamm in die Luft zu jagen, sagte am Montag Luftwaffengeneral Gonzalo Morales. Der Angriff habe sich bereits am Freitag ereignet.

REKLAME

Infoabend in Chur

Implementing Microsoft SharePoint Portal Server 2001

Der SharePoint Portal Server (SPP) ist eine BackOffice-Lösung, welche drei wichtige Bereiche eines Unternehmens abdeckt:

- Dokumentenverwaltung
- Suchmaschine
- Digital Dashboard als Portal.

Möchten Sie mehr darüber erfahren? Dann ist unser Infoabend genau das Richtige für Sie.

Infoabend: 4. März 02, 18.30 bis 20.30

Melden Sie sich an unter:

Tel. +41 81 286 60 60

chur@digicomp.ch

DIGICOMP AG

Titwiesenstrasse 27

CH-7000 Chur

www.digicomp.ch

